

Christian Wulff ist Bundespräsident

„Gott schütze unser Land“

Bereits Minuten nach seiner Wahl zum zehnten Bundespräsidenten hat Christian Wulff seine Qualitäten als Staatsoberhaupt unter Beweis gestellt: Er versöhnt und integriert. In seiner Ansprache ging er auf seine Gegner sowie Menschen am Rande der Gesellschaft ein. Eine Prise Selbstironie würzte seine gelungene Rede.

Andere Präsidentschaftskandidaten hätten den Wahlkrimi vom Mittwoch wohl nicht so rasch verdaut wie Christian Wulff. Der frisch gewählte Bundespräsident und frühere Ministerpräsident von Niedersachsen nahm es dagegen mit Humor, dass seine Wahl nicht wie geplant am Nachmittag, sondern erst gegen neun Uhr am Abend feststand. In Anspielung auf seine Zeit als Oppositionsführer in Hannover munterte er die Wahlleute in seiner offiziellen Ansprache nach Annahme der Wahl auf: „Wenn ich Ihnen sage, dass mein Antritt als Ministerpräsident im dritten Anlauf neun Jahre gedauert hat, dann war die Bundesversammlung heute relativ kurz.“

Zuvor hatte sich der frisch gewählte Bundespräsident an diejenigen gewandt, die ihn nicht unterstützt hatten: „Ich freue mich darüber, dass ich am Ende im dritten Wahlgang mit absoluter Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählt worden bin. All denen, die eine andere Wahlentscheidung getroffen haben, bekunde ich selbstverständlich meinen Respekt. Ich bin überzeugt, dass es auch mit Ihnen zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit kommen wird. Ich jedenfalls werde mich sehr darum bemühen.“ Christian Wulff war von CDU, CSU und FDP als Präsidentschaftskandi-

dat nominiert worden. Vor dem dritten Wahlgang hatten SPD, Grüne und Linkspartei darüber sondiert, einen gemeinsamen Kandidaten ins Rennen zu schicken. Die absolute Mehrheit des christlich-liberalen Lagers in der Bundesversammlung konnte mit der Wahl Christian Wulffs einen von den SED-Nachfolgern abhängigen Bundespräsidenten verhindern.

Bereits am Mittwochabend deutete Christian Wulff wichtige Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit als Präsident der Bundesrepublik Deutschland an. Dabei berief er sich auf die Sternstunde der deutschen Geschichte, die Wiedervereinigung von 1990: „Es ist für mich besonders bewegend, dass ich im 20. Jahr der Deutschen Einheit gewählt wurde, weil ich in dieser Position vor allem beitragen möchte zur inneren Zusammenarbeit, zur inneren Einheit unseres Landes.“

Darüber hinaus kündigte Christian Wulff an, sich als Bundespräsident für Rahmenbedingungen einzusetzen, die die Erfolgchancen von Integrationsbemühungen erhöhen. Seine Rede vor den 1.244 Wahlleuten aus der ganzen Republik schloss der 51-Jährige mit den Worten: „Deutschland ist ein wunderbares Land. Deutschland ist unsere Heimat. Gott schütze unser Land.“



Foto: Michael Wittig

Dr. Hans-Peter Friedrich im Gespräch mit Bundespräsident Christian Wulff und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Sehr geehrte Damen und Herren,

obwohl wir im Parlament vernünftig zusammenarbeiten, ist das Erscheinungsbild der christlich-liberalen Koalition verbesserungswürdig. Wir müssen deutlich machen: Der von Union und FDP eingeschlagene Kurs der Konsolidierung ist von Vorteil für Deutschland und für seine Bürger. Außerdem hat die Regierungskoalition bereits milliardenschwere Entlastungen umgesetzt. Und schließlich die sensationell guten Arbeitsmarktdaten: Trotz der größten Wirtschaftskrise seit drei Generationen sind so wenige Menschen ohne Arbeit wie seit 1992 nicht mehr.



Die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung für Christian Wulff ist ebenfalls ein wichtiges Signal. Im dritten Wahlgang haben die Delegierten von Union und FDP den richtigen Kandidaten aus eigener Kraft zum Präsidenten gemacht. Albern sind die journalistischen Stimmungsmacher, die zuerst davon geredet haben, die Abstimmung müsse frei und ohne „Parteizwang“ sein. (Eine unnötige Forderung, weil eine geheime Abstimmung immer frei ist.) Dieselben Medien behaupten nun, nachdem Joachim Gauck einige Stimmen aus dem Regierungslager bekommen hatte, dies sei eine peinliche Schlappe für die Kanzlerin. Was gilt denn nun? Will man, dass in der Bundesversammlung frei abgestimmt wird oder dass die Regierungsmannschaft völlig geschlossen abstimmt? Oder geht es nur darum, in jedem Fall die Kanzlerin und die Regierungskoalition schlecht zu reden?

Wir schauen nach vorn: Das reinigende Gewitter vom Mittwoch muss das Koalitions-klima verbessern. Rot-rot-grüne Absprachen haben uns vor Augen geführt, wie die Alternative zur bürgerlichen Mehrheit aussieht. Die christlich-liberale Koalition muss nun ihre ganze Kraft aufwenden, um Deutschland zukunfts-fest zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Peter Uhl MdB

Arbeitsmarktdaten

Jobwunder setzt sich fort

Das Jobwunder geht weiter: Auch im Juni waren so wenige Menschen arbeitslos wie zuletzt vor einer halben Generation. Mit 3,15 Millionen war die Zahl der Erwerbslosen erneut niedriger als vor Ausbruch der Wirtschaftskrise. Die Entwicklung in Bayern ist besonders positiv: Dort liegt die Vollbeschäftigung in Reichweite.

Die Politik der christlich-liberalen Regierungskoalition wirkt: Der wirtschaftliche Aufschwung beschert Deutschland und Bayern eine sensationell gute Arbeitsmarktsituation. Auch im vergangenen Monat lag die Zahl der Arbeitslosen nicht nur unter dem Vorjahresniveau, sondern auch unter der Erwerbslosenzahl vom Juni 2008. Damit sind in Deutschland weniger Menschen ohne Arbeit als vor Ausbruch der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen. Die Arbeitslosenquote ist erneut auf inzwischen 7,5 Prozent gesunken. Diese höchst positive Entwicklung macht Deutschland zum beneideten Vorbild seiner europäischen Nachbarn.

Im Juni 2010 waren insgesamt 3,15 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das bedeutet einen Rückgang von 257.000 Menschen innerhalb eines Jahres. 2005, im letzten Regierungsjahr von Rot-Grün, lag die Zahl der Arbeitslosen im Juni noch bei 4,78 Millionen. Das bedeutet, dass die unionsgeführte Bundesregierung die Arbeitslosenzahl – trotz der Wirtschaftskrise – um mehr als 1,6 Millionen reduzieren konnte. In Bayern ist die Arbeitslosenquote auf 4,2 Prozent gesunken. Damit ist das Ziel der Vollbeschäftigung in vielen Landkreisen in erreichbare Nähe gerückt. Der Freistaat liegt somit weiterhin mit großem Abstand an der Spitze aller Bundesländer.

Die Zahl der Anträge auf Kurzarbeit geht währenddessen bundesweit zurück. Mit diesem Instrument hatte die unionsgeführte Bundesregierung hunderttausende Arbeitsplätze erhalten. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt unterdessen weiterhin an: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresvergleich um 60.000 auf 40,2 Millionen im Mai 2010. Experten erwarten, dass dieser Trend weiterhin anhalten wird. Die gute Auftragslage vieler Unternehmen lasse sich nur durch die Schaffung neuer Stellen bewältigen, äußerte etwa der Chefvolkswirt der Commerzbank, Eckart Tuchtfeld. Der DIHK prognostizierte unterdessen für 2010 ein Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent.

Diese Woche

Christian Wulff ist Bundespräsident „Gott schütze unser Land“	1
Arbeitsmarktdaten Jobwunder setzt sich fort	2
Koalition reguliert Finanzmärkte Ungedeckte Leerverkäufe verboten	2
Österreich blickt auf die CSU-Landesgruppe Europas Konservative lernen in Krise voneinander	3
„Führerschein mit 17“ Mehr Sicherheit durch Begleitetes Fahren	4
Reaktorsicherheit Rot-Rot-Grün blamiert sich selbst	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Koalition reguliert Finanzmärkte

Ungedeckte Leerverkäufe verboten

In den vergangenen Monaten waren die Finanzmärkte heftigen Turbulenzen ausgesetzt. Um ähnliche Situationen künftig zu verhindern, handelt die Regierungskoalition rasch und entschlossen. Bereits am Freitag verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der christlich-liberalen Koalition ein Gesetz gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte. Damit werden unter anderem ungedeckte Leerverkäufe verboten.

Angesichts der Turbulenzen auf den Finanzmärkten in den vergangenen Monaten handelt die christlich-liberale Regierungskoalition mit großer Entschlossenheit: Bereits ab August werden ungedeckte Leerverkäufe deutscher Aktien und Leerverkäufe von Staatsanleihen aus der Euro-Zone gesetzlich verboten sein. Mit ungedeckten Leerverkäufen können Anleger auf sinkende Kurse von Wertpapieren spekulieren, ohne diese überhaupt zu besitzen. Auch ungedeckte Kreditausfallversicherungen sind künftig in vielen Fällen nicht mehr erlaubt. Mit diesen Versicherungen konnten Anleger in Krisensituationen die Volatilität auf den Märkten – und damit die Unsicherheit auf den Aktien-, Anleihen- und Derivate- sowie auch den Geldmärkten – massiv verstärken, da

sie mit Kreditausfallversicherungen handeln konnten, ohne selbst in Besitz von Kreditforderungen zu sein. Nicht verboten werden Geschäfte zur Reduktion und Absicherung von eigenen wirtschaftlichen Risiken.

Die von der christlich-liberalen Regierungskoalition durchgesetzten Verbote haben dasselbe Ziel wie bereits von der Bundesregierung umgesetzte sowie weitere geplante Maßnahmen: Die Stärkung der Grundlagen für ein stabiles Finanzsystem. Sämtliche von der Bundesregierung dazu entworfenen Instrumente fügen sich zu einem Gesamtkonzept. Es gibt den Finanzmärkten einen Ordnungsrahmen, der ein verantwortungsvolleres, am nachhaltigen Wachstum der Realwirtschaft orientiertes Verhalten aller Finanzmarktakteure ermöglicht.

Österreich blickt auf die CSU-Landesgruppe

Europas Konservative lernen in Krise voneinander

Zu Gast bei guten Freunden: Dr. Hans-Peter Friedrich, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, führte am Montag und Dienstag politische Gespräche in Wien. Neben einer Stärkung der deutsch-österreichischen und bayerisch-österreichischen Kontakte verfolgte Dr. Friedrich mit der Reise vor allem ein Ziel: Es ging um den Austausch von Ansätzen, die Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen lassen.

Ein Kurzbesuch von Dr. Hans-Peter Friedrich und dem stellvertretenden EVP-Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, Manfred Weber, in Wien unterstrich und festigte das gute Einvernehmen zwischen CSU und ÖVP. Bayern und Österreich sind gegenseitig wichtige Handelspartner und weisen in ihrer Situation, Struktur und Wirtschaftsphilosophie große Ähnlichkeiten auf. Deshalb konnte sich Dr. Friedrich mit seinen österreichischen Gesprächspartnern, vor allem mit Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner und Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl, besonders ergiebig über die jeweiligen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, zur Stärkung des Mittelstands und zur zukünftigen Rolle der EU in der Welt austauschen. Auf besonders großes Interesse stieß Dr. Friedrich mit der Vorstellung des in Deutschland neu eingeführten Instruments der Schuldenbremse, mit dem sich die unionsgeführte Bundesregierung verfassungsrechtlich verpflichtet hat, das Staatsdefizit zu reduzieren.

Im Vordergrund der Gespräche mit den ÖVP-Spitzenpolitikern Klubobmann Karlheinz Kopf und Generalsekretär Fritz Kaltenecker standen die Themen Handlungsfähigkeit des Staates, Reform der Sozialsysteme und die Durchsetzung bürgerlicher Kernforderungen wie Leistungsgerechtigkeit – keine einfachen Fragen für die Parteikollegen in Österreich, die sich wie CDU und CSU bis 2009 in einer großen Koalition befinden, in der allerdings die Sozialdemokraten den Kanzler stellen. Auch die große Koalition in Österreich wird in Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise die Realität einholen: Spätestens im Herbst, so die Parteifreunde, wird es auch in Österreich zu Einschnitten kommen müssen.

Die Parlamentarier tauschten sich über das neu geschaffene Instrument der Subsidiaritätsklage aus, mit dem die nationalen Parlamente zu weit-

reichende EU-Vorhaben hinterfragen können, und erörterten geeignete Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Krisen im Euro-Raum. Im Sinne eines Frühabstimmungssystems bezüglich in Brüssel diskutierter



v.l.n.r.: Dr. Hans-Peter Friedrich, ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf und Manfred Weber

Themen wie beispielsweise der Gentechnik, die bürgerliche Wähler sowohl in Deutschland als auch in Österreich interessieren, werden sich die über Landesgrenzen hinweg neu geknüpften Kontakte in Zukunft sicherlich als hilfreich erweisen. Anhand der positiven Entwicklungen

auf dem deutschen Arbeitsmarkt und auf dem Feld der Industrie legte Dr. Friedrich dar, dass es sich bei der Krise um eine Chance handle. Sie führe Unternehmen und Staaten zu einem höheren Problembewusstsein hinsichtlich der Notwendigkeit für Reformen. Das stärke unsere Zukunftschancen, da vorausschauendes und entschlossenes politisches Handeln die Grundvoraussetzung für eine Gesundung sei. Tatsächlich zeigen die Beispiele Österreich und Deutschland: Solides Wirtschaften zahlt sich langfristig aus. Für Deutschland kommt, wie Dr. Friedrich im Verlauf der Reise mehrfach betonte, noch ein wichtiges Element hinzu: Hierzulande zeigten auch die Sozialpartner Verantwortungsbereitschaft und eine große Aufgeschlossenheit gegenüber Reformen. Mit Sparpaket und Schuldenbremse schlage man nun den Kurs in die Zukunft ein – der Dialog mit Österreich hierüber wird schon im September weitergehen.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Rot-Rot...

Sigmar Gabriel sorgt sich um das Wohlergehen der Linkspartei. Der SPD-Chef bezog im parteiinternen Richtungsstreit der SED-Nachfolger Stellung. Im ZDF sagte er: „Irgendwann muss der Kampf zwischen Realpolitikern des Ostens und den Sektierern und Altstalinisten des Westens entschieden werden. Ich hoffe, zu Gunsten der Realpolitiker des Ostens.“ So weit, so gut. Doch Gabriels Begründung lässt aufhorchen: Sollten sich die gemäßigten Kräfte unter den SED-Nachfolgern nicht durchsetzen, werde die Linkspartei, so Gabriel, dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören. Beim SPD-Chef ist der Wunsch der Vater des Gedankens: Nur mit einer Linken im Bundestag, die für angeblich gemäßigt erklärt wurde, meint Sigmar Gabriel, Kanzler werden zu können.

...-Grün

Unerwartete Sympathien für die Einführung einer Erbmonarchie haben in der Bundesversammlung die Grünen an den Tag gelegt. Als Bundestagspräsident Norbert Lammert die Stellung des deutschen Bundespräsidenten mit der Position eines Monarchen verglich, brandete unter den grünen Delegierten spontaner Applaus für die Grundsätze einer Monarchie auf. Norbert Lammert reagierte souverän: Er hoffe, die Stenographen hätten die Royalisten namentlich notiert, sagte der Bundestagspräsident und fügte mit Blick auf die Spitzenkandidatin der NRW-Grünen an: „Bei Ihnen, Frau Löhrmann, ist es mir jedenfalls aufgefallen, was mit Blick auf die Bildung einer neuen Staatsspitze in Nordrhein-Westfalen zu den schönsten Spekulationen Anlass gibt.“

„Führerschein mit 17“

Mehr Sicherheit durch Begleitetes Fahren

Der „Führerschein mit 17“ hat sich bewährt und bleibt. Nach jahrelanger und erfolgreicher Erprobung im Modellversuch soll diese Regelung nun unbefristet gelten. Zuletzt hatten Studien gezeigt, dass das Unfallrisiko junger Autofahrer, die vor ihrem 18. Geburtstag durch erfahrene Beifahrer begleitet wurden, deutlich geringer ist als bei regulären Fahranfängern.

Gute Nachricht für alle Verkehrsteilnehmer: Der Modellversuch des Begleiteten Fahrens soll ab 2011 zur Regel werden. Dies gab Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer in der letzten Woche bekannt. Der sogenannte „Führerschein mit 17“ ermöglicht es jungen Erwachsenen, bereits vor dem 18. Geburtstag Fahrpraxis zu gewinnen, wenn sie von einem über 30-jährigen Beifahrer begleitet werden. Das ist nicht nur praktisch für junge Erwachsene, sondern erhöht die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Auswertungen des jahrelangen Modellversuchs zeigen nämlich eindeutig, dass junge Autofahrer

weniger Unfälle verursachen, wenn sie während der ersten Monate hinter dem Steuer durch erfahrene Fahrer begleitet wurden.

Auf Initiative des Bundesverkehrsministers soll der Modellversuch daher entfristet werden. Noch in der parlamentarischen Sommerpause wird Dr. Peter Ramsauer dazu einen Gesetzentwurf ins Kabinett einbringen, um eine unbefristete Umsetzung des bisherigen Modells ab Anfang 2011 zu ermöglichen. Junge Erwachsene im Alter von 17, die über einen Führerschein verfügen, soll es somit künftig bundesweit möglich sein,

selbstständig ein Fahrzeug zu führen, wenn sie sich in Begleitung eines erwachsenen Führerscheininhabers befinden. Diese Begleitperson muss weiterhin über 30 Jahre alt sein, über mehr als fünf Jahre Fahrpraxis verfügen und fest auf der vorläufigen Fahrerlaubnis eingetragen sein.

Der Führerschein mit 17 wird insbesondere jungen Erwachsenen in ländlich geprägten Regionen zugute kommen, da dort das Angebot an öffentlichem Personennahverkehr in der Regel nicht so stark ausgeprägt ist wie in den städtischen Ballungsgebieten.

Reaktorsicherheit

Rot-Rot-Grün blamiert sich selbst

Erneute Blamage für die Opposition: Die Auswahl des Standorts Gorleben für die Erkundung eines atomaren Endlagers war fachlich und rechtlich einwandfrei. Im Gorleben-Untersuchungsausschuss wurden die haltlosen Verdächtigungen von Rot-Rot-Grün damit eindrucksvoll widerlegt. Die Strategie von SPD, Linkspartei und Grünen, die vor Jahrzehnten getroffene Entscheidung zu skandalisieren, schlägt fehl.

Neueste Erkenntnisse aus dem Gorleben-Untersuchungsausschuss belegen, dass die Entscheidung für das atomare Endlager in Niedersachsen ausschließlich auf Grundlage fachlicher Gründe getroffen wurde. So sei Gorleben bereits 1976 durch unabhängige Fachleute als am besten geeigneter Standort eingestuft worden.

Die Standortauswahl erfolgte nach einem wissenschaftlich differenzierten Katalog von Sicherheitskriterien. Obwohl es in den Jahren 1976 und 1977 noch um ein „Nationales Entsorgungszentrum“ mit 3.600 Arbeitsplätzen und nicht nur um ein

Endlager ging, haben Sicherheitsfragen eine viel größere Rolle gespielt als Fragen der Wirtschaftsförderung. Die Bemühungen der Opposition, die vor mehr als 30 Jahren getroffene Entscheidung gegen die

aktuelle Bundesregierung zu instrumentalisieren, schlagen damit fehl.

Auch ein Gutachten des wohl profiliertesten Gorleben-Experten, des Historikers Anselm Tiggemann, verdeutlicht die Integrität der damals verantwortlichen Entscheidungsträger. Tiggemann wertete dazu Protokolle, Gutachten und Schriftwechsel der niedersächsischen Landesregierung zum 1977 getroffenen Votum für Gorleben aus. Das Ergebnis seiner Studie: Auch die damalige SPDgeführte Bundesregierung favorisierte den Standort Gorleben.



Dr. Hans-Peter Friedrich begrüßte am Montag 50 Teilnehmer der CSU-Akademie in Berlin. Die CSU-Landesgruppe hatte die Nachwuchspolitiker in die Hauptstadt eingeladen. Sie führten unter anderem Gespräche bei der CDU und mit dem BDI.